

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

18. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. Oktober 1965	Nummer 128
--------------	---	------------

## Inhalt

### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
8300	21. 9. 1965	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Abzug der Einkommen- und Kirchensteuer zur Ermittlung des Nettoeinkommens im Sinne von § 17 Abs. 2 und 5 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) . . . . .	1352
8300	23. 9. 1965	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Versorgung von Witwen und Waisen im Wege des Härteausgleichs nach § 89 BVG . . . . .	1352
8301	24. 9. 1965	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Durchführung der Kriegspferfürsorge: hier: Verordnung zur Kriegspferfürsorge (VOKOF) in der Fassung vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 1031) . . . . .	1352

### II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	<b>Innenminister</b>	
27. 9. 1965	Bek. — Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises für einen Bediensteten der Landesrentenbehörde	1355
	<b>Finanzminister</b>	
	Personalveränderung . . . . .	1355
	<b>Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten</b>	
10. 9. 1965	RdErl. — Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten . . . . .	1356

## I.

8300

**Abzug der Einkommen- und Kirchensteuer  
zur Ermittlung des Nettoeinkommens im Sinne von  
§ 17 Abs. 2 und 5 des Bundesversorgungsgesetzes  
(BVG)**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 21. 9. 1965 —  
II B 3 — 4111 (16'65)

Beim Zusammentreffen einer im Rahmen des § 17 BVG zu berücksichtigenden und einer nicht zu berücksichtigenden Einkunftsart ist die auf die zu berücksichtigende Einkunftsart entfallende Einkommen- und Kirchensteuer (VV Nr. 7 Satz 3 zu § 17 BVG) wie folgt zu ermitteln: Der nach dem gesamten steuerpflichtigen Einkommen ermittelte Steuerbetrag ist entsprechend dem Verhältnis, in dem die Einkünfte (Gewinn bzw. Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten) aus den einzelnen Einkunftsarten zueinander stehen, aufzuteilen.

An die Landesversorgungsämter  
Nordrhein und Westfalen,  
Landesverbände der Krankenkassen  
im Lande Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1965 S. 1352.

8300

**Versorgung von Witwen und Waisen  
im Wege des Härteausgleichs nach § 89 BVG**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 23. 9. 1965 —  
II B 1 — 4280 (12'65)

Das Bundessozialgericht hat in dem Urteil v. 22. Januar 1965 — 10 RV 1025 62 — (BVBl. 5/65 S. 56 Nr. 14) die Auffassung vertreten, daß nach dem Tode eines Versorgungsberechtigten ein diesem erteilter Bescheid nicht mehr durch Zugunstenbescheid nach § 40 VfG geändert werden könne. Dieser Auffassung schließe ich mich im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an.

Nach § 48 BVG ist es für die Gewährung von Witwen- und Waisenbeihilfe von Bedeutung, ob der Beschädigte bis zum Tode Rente nach einer MdE um wenigstens 70 v. H. oder Rente als Erwerbsunfähiger oder Pflegezulage bezogen hat. Die Auffassung des Bundessozialgerichts in dem erwähnten Urteil führt hiernach in den Fällen, in denen bei einem Beschädigten bis zu seinem Tode lediglich die Voraussetzungen zur Erteilung eines Zugunstenbescheides für den Bezug einer Leistung vorgelegen haben, dazu, daß die Witwe und Waisen eines solchen Beschädigten nicht die Versorgung nach § 48 BVG erhalten, die sie hätten erhalten können, wenn dem Verstorbenen noch zu seinen Lebzeiten ein den Schädigungsfolgen entsprechender Zugunstenbescheid erteilt worden wäre. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat hierin eine besondere Härte im Sinne des § 89 Abs. 1 BVG gesehen. Er hat deshalb nach § 89 Abs. 2 BVG allgemein zugestimmt, daß diesen Witwen insoweit ein Ausgleich gewährt wird, als die Unmöglichkeit, nach dem Tode des Beschädigten noch einen Zugunstenbescheid zu erlassen, ihre Witwen- und Waisenbeihilfe beeinträchtigt.

Diese Regelung ist entsprechend auch auf die Fälle des § 40 a Abs. 3 BVG anzuwenden.

Der Bundesminister der Verteidigung ist bei Anwendung des Soldatenversorgungsgesetzes mit einer entsprechenden Regelung nach § 88 Abs. 2 SVG einverstanden.

An die Landesversorgungsämter  
Nordrhein und Westfalen.

— MBl. NW. 1965 S. 1352.

8301

**Durchführung der Kriegsoffiziersfürsorge;  
hier: Verordnung zur Kriegsoffiziersfürsorge (VOKOF)  
in der Fassung vom 27. August 1965  
(BGBl. I S. 1031)**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 24. 9. 1965 —  
II B 4 — 4401

Für die Anwendung der Verordnung zur Kriegsoffiziersfürsorge i. d. F. v. 27. August 1965 (BGBl. I S. 1031) gebe ich die nachstehenden Hinweise und Erläuterungen:

**1 Zu § 2:**

Der bisherige Absatz 3, der die widerlegbare Tatsachenvermutung enthielt, daß Leistungen, die ein anderer auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage für den Beschädigten oder Hinterbliebenen und die ein Beschädigter für sein Kind erhält, demjenigen zufließen, für den sie gewährt werden, ist gestrichen. Infolge dieser Änderung sind das Kindergeld, der Kinderzuschlag, der Kinderzuschuß, die Kinderzulage und die Ausbildungszulage nach dem Bundeskindergeldgesetz nunmehr in jedem Falle als Einkommen des auf diese Leistungen Anspruchsberechtigten zu behandeln.

**2 Zu § 3:**

Die Absätze 3 und 4 stellen klar, daß die Billigkeitsvorschrift des § 25 a Abs. 5 BVG sowohl für Leistungen, bei deren Bemessung eine Einkommensgrenze gilt, als auch für diejenigen Leistungen Bedeutung hat, die nicht von einer Einkommensgrenze abhängig sind.

**3 Zu § 7 a:**

Nach Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 26 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1 BVG umfaßt die Hilfe zum Aufstieg im Beruf, wenn dem Beschädigten erst hierdurch die Erlangung einer angemessenen Lebensstellung ermöglicht wird, die Kosten der Förderungsmaßnahme und den notwendigen Unterhaltsbeitrag. Zu den Kosten der Förderungsmaßnahme ist der Berechtigte nicht heranzuziehen (§ 26 Abs. 4 Satz 2 BVG). Dagegen kann der Schwerbeschädigte bei der Hilfe zum Aufstieg im Beruf in den Fällen des Absatzes 2 zu den Kosten der Förderungsmaßnahmen herangezogen werden; außerdem wird der Unterhaltsbeitrag nach § 18 Abs. 7 zu 50 v. H. als Beihilfe und zu 50 v. H. als Darlehen gewährt.

**4 Zu § 13:**

**4.1 (Aus der Begründung der Bundesregierung)**

„Die Hilfe zur Erlangung eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben wird in zweierlei Hinsicht erweitert. In Absatz 2 ist als neue Leistung eine Beihilfe für den Fall vorgesehen, daß der Beschädigte nach Durchführung einer berufsfördernden Maßnahme im Sinne der §§ 5 bis 7 a Abs. 1 an seinem Arbeitsplatz während einer Einarbeitungszeit nicht den vollen Arbeitsverdienst erreicht. Die Beihilfe ist auf berufsfördernde Maßnahmen im Sinne der §§ 5 bis 7 a Abs. 1 beschränkt, weil bei berufsfördernden Maßnahmen nach § 7 a Abs. 2 eine angemessene Lebensstellung bereits erreicht und daher die Gewährung einer Beihilfe nicht gerechtfertigt ist. Die Höhe der Beihilfe wird in zweifacher Hinsicht begrenzt. Einmal darf das Einkommen des Beschädigten während der Einarbeitungszeit einen Betrag in Höhe seines Einkommens nach Beendigung der Einarbeitungszeit nicht übersteigen, da andernfalls der Rehabilitationsswille des Beschädigten geschwächt werden könnte. Zum anderen dürfen das Einkommen während der Einarbeitungszeit und die Beihilfe insgesamt einen Betrag nicht übersteigen, der dem Unterhaltsbeitrag nach § 18 entspricht. Dadurch soll vermieden werden, daß der Beschädigte während der Einarbeitungszeit finanziell besser gestellt ist als während der Durchführung der berufsfördernden Maßnahmen. Die Beihilfe soll im Regelfall höchstens für 6 Monate gewährt werden.“

Nach Absatz 3 kann in Fällen, in denen der Beschädigte bei Abschluß einer berufsfördernden Maßnahme nicht sofort einen Arbeitsplatz erhalten kann, für eine Übergangszeit eine Beihilfe gewährt werden. Die Beihilfe wird nach den Grundsätzen bemessen, die für den Unterhaltsbeitrag gelten, jedoch auf der Grundlage des Eineinhalbfachen des Regelsatzes."

4.2 Zu den Hilfen zur Haltung eines Kraftfahrzeuges gehört nunmehr auch die Hilfe zum Unterstellen eines Kraftfahrzeuges, wenn der Beschädigte zur Erreichung seines Arbeitsplatzes infolge der Beschädigung auf die Benutzung eines Kraftfahrzeuges angewiesen ist.

5 **Zu § 17:**

5.1 Pauschbeträge für Kosten der Förderungsmaßnahme sind durch RdErl. v. 26. 3. 1962, zuletzt geändert durch RdErl. v. 15. 12. 1964 (SMBl. NW. 8301), festgesetzt worden

- a) für notwendige Lernmittel,
- b) für Berufskleidung,
- c) zur Bestreitung kleinerer mit der Ausbildung zusammenhängender Ausgaben.

5.2 In Übereinstimmung mit dem Bundesminister des Innern und den zuständigen obersten Landesbehörden wird für notwendige Fahrkosten am Ausbildungsort ein Pauschbetrag von 15,— DM monatlich als ausreichend angesehen. Für Studenten und Schüler in Hamburg ist wegen der dort höheren Fahrkosten ein Pauschbetrag von 25,— DM monatlich angemessen. Bei der Bemessung der Pauschbeträge wurde davon ausgegangen, daß diese auch während der Ferien gewährt werden.

5.21 Der Pauschbetrag ist bei Bildung einer Gesamtpauschale gemäß Nr. 8.31 auch dann als Bedarf anzuerkennen, wenn Fahrkosten am Ausbildungsort nicht entstehen.

6 **Zu § 18:**

6.1 (Aus der Begründung der Bundesregierung)

„In Absatz 1 werden nunmehr neben den bisher vom Beschädigten überwiegend unterhaltenen Angehörigen auch Personen genannt, denen der Beschädigte nach Beginn der Förderungsmaßnahme unterhaltspflichtig wird. Damit soll insbesondere klargestellt werden, daß die Ehefrau des Beschädigten, die vor Beginn der Förderungsmaßnahme in einem Beschäftigungsverhältnis gestanden hat, in die Bedarfsberechnung des § 18 einzubeziehen

ist, wenn sie mit Beginn der Förderungsmaßnahme ihre Beschäftigung aufgeben muß, um den ehelichen Haushalt zu führen. Durch den in Absatz 1 neu eingefügten Satz 4 soll erreicht werden, daß dem Beschädigten für eine Person, der er bisher nur eine begrenzte Leistung gewährt hat oder nach Beginn der Förderungsmaßnahme zu gewähren verpflichtet ist, z. B. einem unehelichen Kind, als Bedarf höchstens der Betrag anerkannt wird, der der bisherigen Leistung oder der jetzigen Verpflichtung entspricht."

6.2 Nach Absatz 6 ist der Unterhaltsbeitrag nunmehr für den Monat, in dem die Förderungsmaßnahme endet, in voller Höhe zu gewähren. Die Zahlung des Unterhaltsbeitrages beginnt dagegen mit dem Tage, an dem die Maßnahme einsetzt.

7 **Zu § 20:**

Der Begriff „besonderer Aufwand“ in dem bisher geltenden Absatz 3 ist durch die Neufassung dahingehend verdeutlicht worden, daß nur der Aufwand zu berücksichtigen ist, der den während des Besuches der Volksschule üblicherweise entstehenden Aufwand übersteigt.

8 **Zu § 21:**

In den Bedarf für den Lebensunterhalt sind die Kosten der Unterkunft einbezogen.

8.1 Bei Unterbringung in einer Anstalt, einem Heim, einer gleichartigen Einrichtung oder einer Pflegestelle oder bei sonstiger Unterbringung außerhalb der Familie (Absatz 1 Nr. 2 Buchst. b und c) sind neben den Kosten der Unterbringung bzw. der Unterkunft am Ausbildungsort die anteiligen Kosten der bisherigen Familienunterkunft in **angemessenem** Umfange zu übernehmen. Die anteiligen Kosten der Unterkunft dürften in der Regel nach der Kopfzahl der Haushaltsangehörigen zu berechnen sein.

8.2 In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 Buchst. c sind für die Bemessung des Lebensunterhaltes die jeweiligen **höchsten** Regelsätze des Landes für den Haushaltsvorstand und für einen dem Auszubildenden gleichaltrigen Haushaltsangehörigen zugrunde zu legen, in dem sich die Ausbildungsstätte befindet.

8.21 Ab 1. 10. 1965 gelten in den Ländern die nachstehenden Höchstregelsätze. Änderungen werden im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge bekanntgegeben.

Land	Haushaltsvorstand	Haushaltsangehörige			
		bis einschl. 6 Jahre	7—13 Jahre	14—17 Jahre	18 Jahre und mehr
Baden-Württemberg	125,—	59,—	90,—	108,—	97,—
Bayern	120,—	60,—	84,—	102,—	90,—
Berlin	120,—	57,—	84,—	102,—	96,—
Bremen	120,—	60,—	85,—	102,—	90,—
Hamburg	120,—	60,—	84,—	102,—	90,—
Hessen	125,—	60,—	92,—	110,—	100,—
Niedersachsen	120,—	57,—	85,—	102,—	92,—
Nordrhein-Westfalen	128,—	64,—	96,—	115,—	102,—
Rheinland-Pfalz	112,—	54,—	80,—	96,—	89,—
Saarland	120,—	57,—	87,—	105,—	93,—
Schleswig-Holstein	114,—	55,—	81,—	97,—	90,—

- 8.3 In Übereinstimmung mit dem Bundesminister des Innern und den zuständigen obersten Landesbehörden wird im Falle des Absatzes 1 Nr. 2 Buchst. c für die Kosten der Unterkunft am Ausbildungsort einschließlich der Heizungszulage bei Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen sowie bei Höheren Fachschülern und Fachschülern, die in Orten mit Universitäten oder Technischen Hochschulen studieren, ein Pauschbetrag von 85,— DM monatlich als ausreichend angesehen. Für Studenten und Schüler in München ist wegen der dort höheren Mietkosten ein Pauschbetrag von 95,— DM angemessen. Bei der Bemessung der Pauschbeträge wurde davon ausgegangen, daß diese auch während der Ferien gewährt werden.
- 8.31 Der Pauschbetrag für die Kosten der Unterkunft soll mit dem Pauschbetrag für Fahrkosten am Ausbildungsort (Nr. 5.2) zusammengefaßt werden.
- 8.32 Die Empfehlung von Pauschbeträgen für die Kosten der Unterkunft an Ausbildungsstellen ohne Universitäten oder Technische Hochschulen ist beabsichtigt.
- 9 **Zu § 22:**
- 9.1 Die Ermittlung des Einkommens, das der unterhaltspflichtige Angehörige nach Absatz 2 zur Deckung des Bedarfs für die Erziehung und Ausbildung der Waise einzusetzen hat, wird durch den Wegfall der Einkommensgrenze auf der Grundlage des zweifachen Regelsatzes wesentlich vereinfacht. Es gilt jetzt die Einkommensgrenze von mindestens 500,— DM netto zuzüglich 100,— DM für jedes weitere unterhaltsberechtigte Kind. Die Unterhaltsberechtigung der Kinder bestimmt sich nach den Lebensumständen im Einzelfall. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Lebenszuschnitts der Kriegsoffer dürften Kinder in der Regel unterhaltsberechtigt sein, wenn ihr Einkommen 150,— DM monatlich nicht übersteigt.
- 9.11 Die Bestimmung des Absatzes 2, wonach **mindestens** ein Betrag von 500,— DM unberücksichtigt bleibt, gibt die Möglichkeit, einen höheren Betrag frei zu lassen, wenn dies im Einzelfall aus unterhaltsrechtlichen Gründen angezeigt ist. Ein unterhaltsrechtlicher Grund ist insbesondere die Wahrung des eigenen angemessenen Lebensunterhaltes. Für die Beurteilung der Angemessenheit des Lebensunterhaltes bei dem noch lebenden Elternteil ist auch die Lebensstellung, die der verstorbene oder vermißte Ehegatte hatte oder erreicht hätte, maßgebend.
- 9.2 Nach Absatz 3 wird vermutet, daß das Einkommen (s. Nr. 1) des noch lebenden Elternteils nur insoweit zur Deckung des für die Ausbildung und Erziehung notwendigen Bedarfs anteilmäßig zur Verfügung steht, als es einschließlich Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderzuschuß, Kinderzulage und Ausbildungszulage nach dem Bundeskindergeldgesetz die Einkommensgrenze des Absatzes 2 übersteigt. Infolge der Streichung des bisherigen § 2 Abs. 3 werden sich die Erziehungsbeihilfen für Waisen, deren noch lebender Elternteil für die Waise Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderzuschuß, Kinderzulage oder Ausbildungszulage bezieht und deren Gesamteinkommen die Einkommensgrenze des Absatzes 2 nicht übersteigt, in der Regel um einen Betrag in Höhe der vorstehenden bisher bei der Waise als Einkommen berücksichtigten Leistungen erhöhen.
- 9.21 Bezieht der Stiefvater für die Waise Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderzuschuß, Kinderzulage oder Ausbildungszulage nach dem Bundeskindergeldgesetz, kann in entsprechender Anwendung des Absatzes 3 vermutet werden, daß das die Einkommensgrenze des Absatzes 2 übersteigende Einkommen bis zur Höhe dieser Zuwendungen zur Deckung des Bedarfs der Waise zur Verfügung steht. Der Stiefvater ist zwar der Waise nach den familienrechtlichen Vorschriften nicht unterhaltsverpflichtet, er ist aber, soweit er Kindergeld und ähnliche Leistungen oder die Ausbildungszulage nach dem Bundeskindergeldgesetz für die Waise in Anspruch nimmt, wie ein unterhaltspflichtiger Angehöriger im Sinne des § 27 Abs. 2 BVG zu behandeln. Hierbei gilt auch für ihn die in Absatz 2 bestimmte Einkommensgrenze, da er als **anderer** unterhaltspflichtiger Angehöriger im Sinne des Absatzes 4 anzusehen ist (vgl. Urteil des OVG Münster vom 29. 10. 1964 — VIII A 139/63 — n. v.).
- Der Stiefvater ist nach § 3 des Bundeskindergeldgesetzes nur dann Empfänger der Ausbildungszulage, wenn der vorrangig berechnete leibliche Elternteil der Waise auf seinen Vorrang verzichtet hat.
- 10 **Zu § 23:**
- 10.1 Durch Absatz 2 wird der Umfang der Verpflichtung des Ehegatten des Beschädigten, zu den Kosten der Erziehung und Ausbildung beizutragen, auf den Betrag festgesetzt, den das Versorgungsamt bei der Festsetzung der Ausgleichsrente des Beschädigten berücksichtigt. Nach § 4 der Verordnung zur Durchführung des § 33 BVG bleibt vom Einkommen des Ehegatten zur Zeit ein Betrag von **mindestens** 500,— DM unberücksichtigt.
- 10.2 Nach Absatz 3 wird der Freibetrag von 140,— DM nur dem unterhaltsberechtigten Ehegatten zuerkannt. Da sich der Unterhaltsanspruch des Ehegatten nach Bürgerlichem Recht richtet, kommt es für die Entscheidung, ob bei eigenen Einkünften des Ehegatten noch ein Unterhaltsanspruch gegeben ist, wesentlich auf die Höhe der beiderseitigen Einkünfte an. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Lebenszuschnitts der Kriegsoffer kann in der Regel eine Unterhaltsberechtigung des Ehegatten angenommen werden, wenn sein Einkommen 230,— DM monatlich nicht übersteigt.
- 10.3 Nr. 9.11 gilt entsprechend.
- 10.4 Nach Absatz 4 ist das die Einkommensgrenze übersteigende Einkommen des Beschädigten nicht mehr nur für Kinder im Sinne des § 33 b Abs. 2 BVG, sondern für weitere unterhaltsberechtigte **Personen** einzusetzen. Nr. 9.2 gilt entsprechend.
- 11 **Zu § 23 a:**
- 11.1 **Allgemeines**
- 11.11 Trotz der Verweisung in § 27 a Abs. 1 BVG auf Abschnitt 2 des Bundessozialhilfegesetzes besteht ein Unterschied im sachlichen Umfang zwischen der zu leistenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz und der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Für das Sozialhilferecht gilt zwar der Grundsatz der Individualisierung der Hilfe (§ 3 Abs. 1 BSHG), die besonderen Umstände des Einzelfalles werden aber nicht ohne weiteres in jedem Falle geprüft. Die Bewilligung der Leistungen zum Lebensunterhalt erfolgt nach Regelsätzen. „soweit es nach der Besonderheit des Einzelfalles nicht geboten ist, die Leistungen abweichend von den Regelsätzen zu bemessen“ (§ 22 Abs. 1 BSHG). Im Gegensatz dazu haben die Träger der Kriegsofferfürsorge bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a Abs. 1 BVG die Verhältnisse des einzelnen Falles immer in Betracht zu ziehen. Das folgt bereits aus § 25 Abs. 1 BVG, der den Trägern der Kriegsofferfürsorge zur Pflicht macht, sich der Beschädigten und Hinterbliebenen in allen Lebenslagen anzunehmen und ihnen behilflich zu sein, die Folgen der erlittenen Schädigung oder des Verlustes des Ernährers nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern. Darüber hinaus ist in § 27 a Abs. 1 Satz 2 BVG nochmals ausdrücklich bestimmt, daß die Bestimmungen des Abschnittes 2 des Bundessozialhilfegesetzes „unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Beschädigten oder Hinterbliebenen“ entsprechend anzuwenden sind. Hiernach sind die besonderen Verhältnisse des Einzelfalles bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Kriegsofferfürsorge anders als bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz nicht gleichsam Aus-

nahmetatbestand, sondern Ausgangspunkt der zu gewährenden Hilfe (s. Urteil des BVerwG v. 13. 1. 1965, Fürsorgerechtliche Entscheidungen des Verwaltungs- und Sozialgerichts 1961 S. 1).

- 11.12 Bei der Berechnung der Hilfen zum Lebensunterhalt sind als Bedarf für die Unterkunft die laufenden Leistungen für die Unterkunft gem. § 3 der Verordnung zur Durchführung des § 22 BSHG einzusetzen. Bei Haus- und Wohnungseigentum sind die auf den selbstgenutzten Teil entfallenden notwendigen Ausgaben im Sinne des § 7 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des § 76 BSHG als Kosten der Unterkunft zu berücksichtigen. In Übereinstimmung mit dem Bundesminister des Innern habe ich keine Bedenken, auch Tilgungsbeträge insoweit in den Bedarf für die Unterkunft aufzunehmen, als sie zusammen mit den übrigen Ausgaben (§ 7 Abs. 2 der VO zu § 76 BSHG) einer angemessenen Wohnungsmiete entsprechen.
- 11.2 Unterhaltsleistungen des Ehegatten aus einem unter dem Freibetrag von 350.— DM liegenden Einkommen sind nicht als Einkommen des Beschädigten anzusehen. Weigert sich der Ehegatte aus einem 350.— DM übersteigenden Einkommen einen Unterhaltsbeitrag zu leisten, so kann der Unterhaltsanspruch nach § 27e BVG übergeleitet werden.

#### 12 Zu § 24:

Durch die Streichung des bisherigen Absatzes 2 wird klargestellt, daß die Bewilligung der Erholungsfürsorge nicht von einer Vorentscheidung des Versorgungsamtes über die Möglichkeit der Gewährung einer Badekur nach § 11 Abs. 2 BVG abhängig ist. Die Voraussetzungen des § 27 a Abs. 2 BVG sind vielmehr von dem Träger der Kriegsopferfürsorge selbständig zu prüfen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Badekur und die Erholungsfürsorge verschiedenen Zwecken dienen. Während es Aufgabe der Erholungsfürsorge ist, die vorhandene Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit zu erhalten, setzt die Badekur einen Krankheitszustand voraus, der durch sie beseitigt werden soll. Aus dieser verschiedenen Aufgabenstellung der Versorgungsleistungen ergibt sich, daß die Bewilligung von Erholungsfürsorge ausgeschlossen ist, wenn ein Krankheitszustand vorliegt, der eine Badekur erforderlich macht. Für die Feststellung, daß ein solcher Krankheitszustand bei dem Erholungsfürsorge beantragenden Beschädigten nicht besteht, bedarf es nicht der Stellungnahme durch das Versorgungsamt. Denn die Bejahung der Notwendigkeit der Erholungsfürsorge durch das Gesundheitsamt enthält regelmäßig zugleich die negative Feststellung, daß kein Krankheitszustand vorliegt, der eine Heilbehandlung durch eine Badekur erforderlich macht (s. Urteil des OVG Münster v. 22. 7. 1965 — VIII A 1222/64 — n. v.).

#### 13 Zu § 26:

- 13.1 Durch die Einfügung der Worte „oder nicht zumutbar“ in Nr. 1 der Vorschrift soll erreicht werden, daß bei Beurteilung der Frage, ob die Gewährung einer Hilfe zur Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Geschehen angezeigt ist, auch subjektive Gründe (z. B. bei Gesichtsentstellungen) Berücksichtigung finden.
- 13.2 Die bisherige Nr. 3 der Vorschrift ist gestrichen worden, weil Hilfen zur Beschaffung des notwendigen Hausrats als Leistungen der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a Abs. 1 BVG zu erbringen sind.
- 14 Zu § 28:
- 14.1 Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nicht mehr nach dem Wohnsitz **oder** dem gewöhnlichen Aufenthalt, sondern nur noch nach dem **gewöhnlichen** Aufenthalt. Der gewöhnliche Aufenthalt ist zu unterscheiden von dem tatsächlichen Aufenthalt.

Nach der Rechtsprechung wird der gewöhnliche Aufenthalt gekennzeichnet durch den Willen, an einem Ort nicht nur vorübergehend den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen zu begründen. Im Interesse des Schutzes der Anstaltsorte gilt bei Aufnahme in eine Anstalt, ein Heim oder eine gleichartige Einrichtung als gewöhnlicher Aufenthalt derjenige, den der Beschädigte oder Hinterbliebene im Zeitpunkt der Aufnahme in die Einrichtung hat oder in den zwei Monaten vor der Aufnahme zuletzt gehabt hat.

- 14.2 Durch den neu eingefügten Absatz 3 wurde in Anlehnung an die Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes die vorläufige und endgültige Kostspflicht geregelt. Den §§ 106 (Kostenerstattungspflicht des überörtlichen Trägers) und 108 BSHG (Kostenerstattung bei Übertritt aus dem Ausland) entsprechende Vorschriften sind wegen der geringen Zahl der in Betracht kommenden Fälle nicht aufgenommen worden. Dies darf den leistungsverpflichteten Träger der Kriegsopferfürsorge nicht hindern, die bestmögliche Hilfe zu gewähren.

#### 15 Zu § 32:

Die Einfügung der Worte „oder gekürzt“ in Absatz 3 dient der Klarstellung. Außerdem bleibt nunmehr eine Erhöhung des Einkommens unberücksichtigt, wenn diese nicht mehr als 25.— DM beträgt. Die Vorschrift gilt auch bei einer Erhöhung des Einkommens der Unterhaltspflichtigen, soweit dies bei der Berechnung der Leistungen zu berücksichtigen ist.

Meine RdErl. v. 30. 12. 1958, 28. 11. 1960 u. 27. 4. 1961 (SMBL. NW. 8301) sowie Absatz 2 meines RdErl. v. 9. 8. 1965 (MBL. NW. S. 1087 / SMBL. NW. 8301) werden hiermit aufgehoben.

An die Regierungspräsidenten,  
Landschaftsverbände,  
Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBL. NW. 1965 S. 1352.

## II.

### Innenminister

#### Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussesweises für einen Bediensteten der Landesrentenbehörde

Bek. d. Innenministers v. 27. 9. 1965 — I A 4/15 — 48

Der Dienstaussweis Nr. 346 des Regierungsangestellten Waldemar Schattschneider, geb. am 4. 11. 1931, wohnhaft in Neuß, Düsseldorfer Straße 92, ausgestellt von der Landesrentenbehörde, ist in Verlust geraten. Die Landesrentenbehörde hat den Dienstaussweis für ungültig erklärt. Der unbefugte Gebrauch des Ausweises wird strafrechtlich verfolgt. Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn der Landesrentenbehörde Düsseldorf, Tannenstraße, zuzuleiten.

— MBL. NW. 1965 S. 1355.

### Finanzminister

#### Personalveränderung

##### Nachgeordnete Dienststellen

Es ist in den Ruhestand getreten:

Regierungs- und Kassenrat Th. Lennartz, Landesamt für Besoldung und Versorgung NW in Düsseldorf.

— MBL. NW. 1965 S. 1355.

**Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten****Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten**

RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 10. 9. 1965 —  
II B 1 — 2.405 Nr. 1495/65

**I**

Folgende allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen neuer Baustoffe, Bauteile und Bauarten habe ich nach § 24 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) v. 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 373 / SGV. NW. 232) erteilt:

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
<b>0</b>	<b>Wandbauarten:</b>			
0.01	Hohlblocksteine aus Schwerbeton <b>Einlandzulassung</b> Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 29. 5. 1964	Güteschutz Betonstein Nordrhein-Westfalen e. V., Dortmund, Kaiserstraße 22	25. 5. 1965	30. 4. 1966
<b>1</b>	<b>Glas und Glasbausteine:</b>			
<b>2</b>	<b>Schornsteinbausteine:</b>			
2.01	Bewehrte Schornsteinformstücke aus Ziegelsplittbeton für stärkere Feuerungen	Siemokat, Köln-Mülheim, Düsseldorfer Straße 264	13. 1. 1965	31. 1. 1970
2.02	wie vor Ergänzung der Zulassung v. 13. 1. 1965	wie vor	6. 8. 1965	31. 1. 1970
2.03	MBV-Schornsteinformstücke für stärkere Feuerungen	Hermann Uhlig, Ingenieurbüro für neuzeitliche Baukonstruktionen, Duisburg-Ruhrort (neue Anschrift: Mülheim [Ruhr], Riekenbank 7)	7. 3. 1965	31. 3. 1970
2.04	„TEWEDUR“-Schornsteinformstücke, System „FORVAL“ für stärkere Feuerungen	Tonwerk Schmitz GmbH, Meckenheim, Bonner Str. 19	16. 6. 1965	30. 6. 1970
2.05	Hochtief-Schornsteinformstücke für Rauch- und Abgasschornsteine Ergänzung der Zulassung v. 24. 6. 1964	Hochtief-Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten, Essen, Rellinghauser Straße 53/57	6. 8. 1965	30. 6. 1969
<b>3</b>	<b>Deckenbauarten, Dachbauarten und Treppen:</b>			
3.01	Bewehrte Siporex-Gasbeton-Dachplatten GSB 35 und GSB 50	Deutsche Siporex GmbH, Essen, Huyssenallee 40/42	11. 11. 1964	31. 10. 1969
3.02	Stramit-Halimplank-Dachplatte	Stramit, M. Rütten und Co., Inh. H. Scholzen, Düsseldorf	23. 2. 1965	28. 2. 1970
3.03	TEKTAL-Stahldach s. Abschn. III, Nr. 3.03 dieses RdErl.	Hoesch A.G., Dortmund, Elisabethstraße 1—3	26. 2. 1965	28. 2. 1970
3.04	Stahlbetondecke mit Gitterträgern s. Abschn. III, Nr. 3.02 dieses RdErl.	Bau-Ingenieurbüro Paul Merrettig, Bottrop i. Westf., Kirchhellener Straße 56	8. 3. 1965	31. 3. 1967
3.05	Dreieckbinder in Dreieck-Streben-Bauart	Dreieck-Streben-Bau GmbH, Wuppertal-Sonnborn, Industriestraße	25. 3. 1965	31. 3. 1970
3.06	Bewehrte Dachplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton der Güteklassen GSB 35 und GSB 50	Dortmunder Porenbeton GmbH. & Co. KG., Dortmund-Mengede, Castroper Straße 41	4. 6. 1965	30. 6. 1970
3.07	Bewehrte Deckenplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton der Güteklasse GSB 50	wie vor	4. 6. 1965	30. 6. 1970
3.08	Spannbeton-Montagedecke mit I-Trägern, System „Imbau“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 18. 3. 1960	Imbau-Spannbeton-Gesellschaft mbH. und Co. KG., Leverkusen, Quettinger Weg 55	9. 7. 1965	30. 4. 1966

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
<b>4</b>	<b>Betonstähle:</b>			
4.01	Betonrippenstahl III a — DIROC — Änderung der Zulassung v. 27. 1. 1964	Eisen- und Stahlgesellschaft Saar-Luxemburg GmbH., Düsseldorf, Bahnstraße 19	25. 11. 1964	31. 1. 1969
4.02	Betonrippenstahl der Betonstahlgruppe III a („HI-BOND-A-Stahl“ III) Änderung der Zulassung v. 1. 10. 1962	ARTEWEK-Handelsgesellschaft für Berg- und Hüttenerzeug- nisse, Köln/Rhein, Subbelrather Straße 13	21. 12. 1964	30. 9. 1967
4.03	Schräggerippter Betonformstahl III b	Filiton A.G., Zürich (Schweiz), Pelikanstraße	20. 1. 1965	31. 12. 1969
4.04	Baustahlmatten als Bügelbewehrung	Bau-Stahlgewebe GmbH., Düsseldorf-Oberkassel, Burggrafenstraße 5	8. 6. 1965	30. 4. 1970
4.05	Schräggerippter Betonformstahl III a	Luxmetal S.A. Luxemburg, Zweigniederlassung Düsseldorf, Schwanenmarkt 20	22. 7. 1965	31. 7. 1970
4.06	Geschweißte Baustahlmatten mit glatten und gerippten Stäben Änderung der Zulassung v. 27. 7. 1964	Richrath und Steinmann, Rodenkirchen, Köln	5. 8. 1965	31. 7. 1969
<b>5</b>	<b>Spannstähle und Spannverfahren:</b>			
5.01	Spannverfahren System „Bauwens“ Verwendung der Betoninnenverankerung Ergänzung der Zulassung v. 31. 5. 1963	Peter Bauwens, Bauunter- nehmung, Köln-Lindenthal, Richard-Strauss-Straße 2	4. 12. 1964	31. 5. 1968
5.02	Kaltgezogene Spannstähle, rund „Delta 100 A“	Felten und Guillaume, Werk Bruck a. d. Mur (Österreich)	7. 12. 1964	31. 12. 1969
5.03	Spanndrahtlitze St 140/180 aus 2 Drähten von 3,0 bis 4,0 mm Ø	Westfälische Union AG. für Eisen- und Drahtindustrie, Hamm (Westf.), Wilhelmstr. 2	7. 1. 1965	31. 1. 1970
5.04	Kaltgezogener Spannstahl, rund, geriffelt Änderung der Zulassung v. 6. 11. 1963	Felten und Guillaume Carls- werk, Eisen und Stahl Aktien- gesellschaft, Köln-Mülheim	8. 1. 1965	30. 11. 1968
5.05	Kaltgezogene Spannstähle, rund, mit profilierter Oberfläche	Koninklijke DEMKA Staalfabrieken N. V., Utrecht (Holland)	2. 2. 1965	31. 1. 1970
5.06	Vergüteter Spannstahl „Neptun“ rechteckig mit Rippen N 85 bis N 120	Felten und Guillaume Carls- werk, Eisen und Stahl Aktien- gesellschaft, Köln-Mülheim	12. 3. 1965	31. 3. 1970
5.07	Spanndrahtlitze St 140/180 aus 2 oder 3 Drähten von 3,0 bis 4,0 mm Ø	wie vor	15. 3. 1965	31. 1. 1970
5.08	Vergütete Spannstähle, rund St 125/140 in den Abmessungen 10,6 bis 13,0 mm Ø	wie vor	1. 6. 1965	31. 5. 1966
5.09	Kaltgezogene Spannstähle, rund, gewellt s. Abschn. III, Nr. 5.01 dieses RdErl.	Westfälische Union AG. für Eisen- und Drahtindustrie, Hamm (Westf.), Wilhelmstr. 2	4. 6. 1965	31. 3. 1966
<b>6</b>	<b>Betonzusatzmittel *) , Bindemittel:</b>			
6.01	Betonzusatzmittel „Murasit-WE-flüssig“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 20. 3. 1961	Organa-Bautenschutz GmbH., Bochum-Gerthe, Lothringer Straße 50	1. 4. 1965	31. 12. 1965
6.02	Betonzusatzmittel „Muraplast-Pulver“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 20. 3. 1961	wie vor	1. 4. 1965	31. 12. 1965
6.03	Betonzusatzmittel „Muraplast-flüssig“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 20. 3. 1961	wie vor	1. 4. 1965	31. 12. 1965
6.04	Betonzusatzmittel „Beton-Fluresit“-Pulver Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 20. 3. 1961	wie vor	1. 4. 1965	31. 12. 1965

\*) Für Betonzusatzmittel werden seit dem 1. Februar 1963 Prüfzeichen erteilt.

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
6.05	Betonzusatzmittel „Fluresit-Pulver“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 11. 1960	wie vor	2. 6. 1965	31. 12. 1965
6.06	Betonzusatzmittel „Murasit“ (LPV) Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 15. 12. 1960	wie vor	2. 6. 1965	31. 12. 1965
6.07	Betonzusatzmittel „Murasit“ (BV) Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 15. 12. 1960	wie vor	2. 6. 1965	31. 12. 1965
6.08	Betonzusatzmittel „Murasit-Universalpulverförmig“ (BV) Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 20. 3. 1961	wie vor	2. 6. 1965	31. 12. 1965
6.09	„Murasit-Universal-flüssig“ (BV) Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 20. 3. 1961	wie vor	2. 6. 1965	31. 12. 1965
<b>7</b>	<b>Gerüste und Gerüstbauteile, Schalungsträger:</b>			
7.01	Bau-Schnellverschluß „Flott-Fest“ Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 10. 12. 1959	Gustav Muthmann, Dinslaken-Hiesfeld	30. 11. 1964	31. 12. 1965
7.02	FIX-Wo-Bau-Schalungsträger Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 13. 11. 1963	Betonbau GmbH., Neuß, Gladbacher Straße 435	7. 12. 1964	31. 12. 1965
7.03	ACROW-WOLFF-Verstellbare Deckenstützen Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 24. 9. 1962	ACROW-WOLFF GmbH., Düsseldorf, Jägerhofstraße 20	30. 12. 1964	31. 12. 1965
7.04	GEKU-Stahlrohr-Deckenstützen Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 16. 11. 1961	GEKU-Verschalungsgeräte GmbH., Tönisheide (Rhld.)	30. 12. 1964	31. 12. 1965
7.05	Normalkupplung Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 1. 1964	Eisenwaren GmbH., Plettenberg-Köbbinghausen	8. 1. 1965	31. 12. 1965
7.06	Drehbare Kupplung Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 1. 1964	wie vor	8. 1. 1965	31. 12. 1965
7.07	Zugfeste Kupplung Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 1. 1964	wie vor	8. 1. 1965	31. 12. 1965
7.08	Normal-Schraub-Kupplung „Brösecke“	Rudolf Brösecke, Plettenberg-Westf., Herscheider Straße 5	11. 1. 1965	31. 12. 1965
7.09	Drehbare Schraub-Kupplung „Brösecke“	wie vor	11. 1. 1965	31. 12. 1965
7.10	Zugfeste Schraubkupplung „Brösecke“	wie vor	11. 1. 1965	31. 12. 1965
7.11	Normal-Keilkupplung „Mylaeus“	Gebrüder Mylaeus, Plettenberg (Westf.)	25. 1. 1965	31. 12. 1965
7.12	Normalkupplung „Mylaeus“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 5. 2. 1964	wie vor	25. 1. 1965	31. 12. 1965
7.13	Drehbare Kupplung „Mylaeus“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 5. 2. 1964	wie vor	25. 1. 1965	31. 12. 1965
7.14	Zugfeste Schraubkupplung und druckfester Rohrverbinder „Mylaeus“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 23. 2. 1964	wie vor	25. 1. 1965	31. 12. 1965
7.15	SI-Schalungsträger „Senior 1.5“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 15. 5. 1959	Hünnebeck GmbH., Lintorf bei Düsseldorf	25. 1. 1965	31. 12. 1965
7.16	Arbeits- und Schutzgerüst für Dacharbeiten DASTA-G	Hans Gielissen, Düsseldorf, Scheffelstraße 73	25. 2. 1965	28. 2. 1970

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
7.17	Stahlrohrstützen „Rocket“ Größen 1, 3 und 4 Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 27. 2. 1964	Steel Equipment Company p. v. b. a. SECO, Schoten-Antwerpen (Belgien)	26. 2. 1965	31. 12. 1965
7.18	Geku-Stahlrohrgerüst	Geku-Verschaltungsgeräte GmbH., Tönisheide (Rhld.)	17. 3. 1965	31. 3. 1970
7.19	Stahlrohr-Baustütze „Record“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 19. 3. 1963	Constructil S.A., Bruxelles, Büro Düsseldorf, Königsallee 102	29. 3. 1965	31. 12. 1965
7.20	Acrow-Wolff-Stahlrohr-Rahmengerüst	Acrow-Wolff GmbH., Düsseldorf, Jägerhofstr. 20	13. 4. 1965	30. 4. 1970
7.21	Arbeits- und Schutzgerüst für Dachdecker- und Klempnerarbeiten Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 30. 4. 1960	Freund & Co., Bedachungs- gesellschaft mbH., Dortmund, Tremoniastraße 71	13. 4. 1965	30. 4. 1966
7.22	Druckfester Rohrverbinder Wolff	Gebrüder Wolff, Hagen (Westf.), Weidestr. 18	13. 4. 1965	30. 4. 1966
7.23	Fußplatte Wolff	wie vor	13. 4. 1965	30. 4. 1966
7.24	FIX-Rahmengerüst	Betonbau GmbH., Neuß, Gladbacher Straße 435	14. 4. 1965	30. 4. 1970
7.25	Drehbare Schraubkupplung „RöRo 100“	Röhren- und Roheisen-Groß- handel GmbH., Abt. RöRo- Stahlrohrgerüstbau, Düsseldorf, Höherweg 271 a	14. 4. 1965	30. 4. 1966
7.26	Zugfeste Schraubkupplung „RöRo 100“ und druckfester Rohrverbinder	wie vor	14. 4. 1965	30. 4. 1966
7.27	Normal-Keilkupplung „RöRo“	wie vor	14. 4. 1965	30. 4. 1966
7.28	Drehbare Keilkupplung „RöRo“	wie vor	14. 4. 1965	30. 4. 1966
7.29	Drehbare Schraubkupplung „RöRo“ als Reduzierkupplung	wie vor	14. 4. 1965	30. 4. 1966
7.30	Schutz- und Fanggerüst für Dacharbeiten FLOTT-FEST	Gustav Muthmann, Dinslaken-Hiesfeld	28. 6. 1965	30. 6. 1970
7.31	Stahlrohr-Baustützen „Super“ Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 26. 6. 1960	Constructil S.A., Bruxelles, Büro Düsseldorf, Königsallee 102	6. 7. 1965	31. 12. 1965
7.32	Hängegerüst „OGRIEDO“	Otto Griesel oHG., Dortmund-Schüren, Kohlensiepenstraße 39	8. 7. 1965	31. 7. 1970
7.33	Stahlrohr-Rahmen-Gerüst „Constructil“ Ergänzung der Zulassung v. 13. 3. 1964	Constructil S.A., Bruxelles, Büro Düsseldorf, Königsallee 102	29. 7. 1965	31. 3. 1969
7.34	RöRo-Leichtgerüst als Unterhaltungs-, Putzer-, Monteur- und Maurergerüst sowie als Schutzgerüst Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 17. 7. 1960	Röhren- und Roheisen-Groß- handel GmbH., Düsseldorf, Höherweg 271 a	29. 7. 1965	31. 7. 1966
7.35	Hünnebeck-Stahlprofil-Gerüst (Hünnebeck-Schnellbaugerüst) Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 30. 1. 1960	Hünnebeck GmbH., Lintorf bei Düsseldorf	29. 7. 1965	31. 7. 1966
7.36	Zugfeste Keilkupplung „Errem“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 8. 8. 1961	P. van Thiel & Zonen, Beek en Donk (Holland)	29. 7. 1965	31. 12. 1965
7.37	Drehbare Keilkupplung „Errem P 1126“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 8. 8. 1961	wie vor	29. 7. 1965	31. 12. 1965
8	<b>Verschiedenes:</b>			
8.01	Feuerbeständige, einflügelige Stahltür mit Mineralfasereinlage Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 4. 5. 1961	Fachabteilung Stahltüren und - tore im Fachverband Stahl- blechverarbeitung e. V., Hagen, Hochstraße 113	4. 1. 1965	31. 12. 1965

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
8.02	Zweiflügelige, feuerhemmende Stahltür „Hagen“	wie vor	12. 2. 1965	28. 2. 1968
8.03	Feuerhemmende Klappe „Hagen“	wie vor	15. 2. 1965	28. 2. 1968

## II

Die folgenden, von anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und vom Land Berlin erteilten allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen neuer Baustoffe, Bauteile und Bauarten werden hiermit nach § 24 Abs. 6 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) i. Verb. mit Nr. 5.7 der mit RdErl. v. 28. 6. 1951 (MBl. NW. S. 813 / SMBl. NW. 2324) bekanntgegebenen Verwaltungsvereinbarung für die einheitliche Regelung des Verfahrens der allgemeinen Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten in Nordrhein-Westfalen anerkannt:

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
<b>0 Wandbauarten:</b>				
0.01	Wandbauart aus „HBS-Schalungssteinen“	Arbeitsgemeinschaft Hohl-Block-Schalung, Hamburg 1, Georgsplatz 6	Hamburg 13. 8. 1964	30. 8. 1967
0.02	Universal-Hohlblockstein	Betondecken- und Granulitwerke Mauz & Klumpp KG., Stuttgart 1, Mönchstraße 2	Baden-Württemberg 1. 9. 1964	30. 6. 1969
0.03	Geschoßhohe, tragende YTONG-Wandplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton GSB 35 und GSB 50	YTONG-GmbH., München 33	Bayern 7. 10. 1964	30. 11. 1969
0.04	Geschoßhohe, tragende Wandplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton „Breporit“ GSB 50	Kalksandsteinwerk Kastendiek von Fehrn & Co., Kättingen über Syke	Niedersachsen 19. 10. 1964	31. 12. 1968
0.05	Kastenbauart „Feidner“	Feidnerbauweise GmbH., Stuttgart-Bad Cannstatt, Wilhelmplatz 4	Baden-Württemberg 31. 12. 1964	30. 6. 1969
0.06	Suka-Silo-Bauart s. Abschn. III, Nr. 0.01 dieses RdErl.	Suka-Silo-Bau Heinrich Kling, München-Solln, Lommelstr. 7	Bayern 10. 2. 1965	28. 2. 1970
0.07	„Stahlbeton-Silo-Wände Suka“	wie vor	Bayern 16. 2. 1965	31. 1. 1970
0.08	Wandbauart „Hinse“ aus Kalksand-Hohlsteinen	Ingenieurbüro Franz Hinse, Namedy über Andernach Rh., Waldstraße	Baden-Württemberg 31. 3. 1965	1. 7. 1969
0.09	„Geschoßhohe Celonit-Wandplatten B 35“ 2. Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 18. 6. 1954	Deutsche Porenbeton GmbH., Hamburg 1, Spitalerstraße 30	Hamburg 12. 4. 1965	31. 12. 1965
0.10	Kalksand-Leichtsteine KSL 50	Emsländische Baustoffwerke GmbH. & Co. KG., Haren-Ems	Niedersachsen 20. 4. 1965	31. 3. 1970
0.11	Geschoßhohe, tragende „dp“-Wandplatten aus Gasbeton GSB 35	Deutsche Porenbeton GmbH., Hamburg 1, Spitalerstraße 30	Hamburg 1. 6. 1965	31. 12. 1969
1	<b>Glas und Glasbausteine:</b>	—	—	—
2	<b>Schornsteinbausteine:</b>			
2.01	Freka-Schornsteinformsteine	Max Frenzel, Hamburg 43, Krausestraße 44	Hamburg 20. 12. 1962	31. 12. 1967
2.02	Refa-Schornsteinformstücke für Rauch- und Abgasschornsteine	Haasser Soufflenheim (Ba-Rhin)	Saarland 23. 7. 1964	31. 7. 1969
2.03	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Spingler“	Dachziegelwerke E. C. Spingler GmbH., Winnenden (Württ.)	Baden-Württemberg 9. 10. 1964	31. 10. 1969
2.04	BORA-3 Schornstein	Oelschläger & Oelschläger, Hamburg 1, Klosterwall 2	Hamburg 7. 12. 1964	31. 12. 1969
2.05	PLEWA-Schornsteinformstücke für Rauch- und Abgasschornsteine	PLEWA-Werke GmbH., Speicher-Eifel	Rheinland-Pfalz 21. 12. 1964	31. 12. 1968

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungs- dauer bis:
2.06	Beton-Formstücke für Abgasschornsteine System „Schwendilator“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 30. 12. 1959	Schwendilator, Joseph Schwend & Cie., Baden-Baden, Schwarzwaldstraße 43	Baden- Württemberg 24. 12. 1964	31. 12. 1965
2.07	Zeiler-Geschoßkamine	Kaminwerk Zeiler KG., Augsburg 10, Zusamstraße 11	Bayern 22. 4. 1965	30. 4. 1967
2.08	BORA-schorn-Schornsteinformstücke für Rauch- und Abgasschornsteine Ergänzung der Zulassung v. 15. 7. 1963	Oelschläger & Oelschläger, Hamburg 1, Klosterwall 2	Hamburg 3. 5. 1965	31. 12. 1968
2.09	Schornsteinformstücke aus Ziegelsplittbeton System „Schwendilator“ Änderung der Zulassung v. 14. 11. 1962 s. Abschn. III, Nr. 2.01 dieses RdErl.	Schwendilator, Joseph Schwend & Cie., Baden-Baden, Schwarzwaldstraße 43	Baden- Württemberg 28. 5. 1965	31. 12. 1967
<b>3 Deckenbauarten, Dachbauarten und Treppen:</b>				
3.01	Bewehrte Dachplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton GSB 35 und GSB 50	Gasbetonwerk Josef Hebel GmbH., Fürstenfeldbruck-Emmering	Bayern 16. 9. 1964	30. 9. 1969
3.02	RHEMO-Gitterträgerdecke	Baustoffwerk Hermann W. Luithlen, Andernach, Koblenzer Straße	Rheinland- Pfalz 5. 10. 1964	31. 12. 1969
3.03	Bewehrte Deckenplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton GSB 50	Ytong-GmbH., München 33	Bayern 5. 10. 1964	30. 11. 1969
3.04	Vorgespannte Stahlstein-Fertigteildecke System „STAHL-TON“	Betonwarenfabrik Singen GmbH., Singen Hohentwiel	Baden- Württemberg 8. 10. 1964	1. 10. 1969
3.05	Walther-Decken Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 15. 1. 1959	Dipl.-Ing. Hugo Frenzel, Bad Homburg v. d. H., Hasselmannstraße 34	Hessen 9. 10. 1964	31. 12. 1965
3.06	Bewehrte Dachplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton GSB 50	Ytong GmbH., München 33	Bayern 12. 10. 1964	30. 11. 1969
3.07	Fertigteildecken mit beschränkt vorgespannten Reeh-Typenträgern Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Zulassung v. 30. 5. 1960	J. Reeh AG., Dillenburg, Schloßberg 5	Hessen 3. 11. 1964	31. 12. 1965
3.08	OMNIA-Vollbetondecke mit biegesteifer Bewehrung	Rheinbau GmbH., OMNIA- Decken-Organisation, Wiesbaden, Alexandrastraße 3	Hessen 5. 11. 1964	31. 12. 1969
3.09	ABE-Decke System Ainedter	Dipl.-Ing. Herbert Ainedter, Anif bei Salzburg (Österreich)	Bayern 4. 12. 1964	30. 11. 1969
3.10	ABE-Ziegeldecke System Ainedter	wie vor	Bayern 4. 12. 1964	30. 11. 1969
3.11	Bimsbeton-Hohlbalkendecke Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 22. 7. 1959	Joseph Raab & Cie., Neuwied	Rheinland- Pfalz 10. 12. 1964	31. 12. 1965
3.12	Teilweise vorgefertigte Stahlbetonplatten- decke System Held & Francke „Paris-Quest“	Held & Francke, Bauaktien- gesellschaft, München 9, Aschauer Straße 21	Bayern 15. 12. 1964	31. 12. 1969
3.13	„Rapid-Ziegelsteg“-Decken Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 7. 9. 1959	Rapid-Baugesellschaft Ing. Emge Komm.Ges., Wien I, 1, Renngasse Nr. 6	Baden- Württemberg 24. 12. 1964	31. 12. 1965
3.14	Stahlleichtträger-Verbunddecke System „Dr. Burkhardt“ mit 10 cm hohen Stahlleichtträgern	Dr.-Ing. E. Burkhardt, Stuttgart-Sonnenberg, Orplidstraße 30	Baden- Württemberg 30. 12. 1964	31. 12. 1969
3.15	Stahlleichtträger-Verbunddecke System „Dr. Burkhardt“ mit 14 cm hohen Stahlleichtträgern	wie vor	Baden- Württemberg 31. 12. 1964	31. 12. 1969
3.16	Peka-Decke Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 30. 7. 1959	Betonwerk Köhler & Peters GmbH., Wahlstedt-Seeberg	Schleswig- Holstein 31. 12. 1964	31. 12. 1965
3.17	Hohlsteindecke „Reese“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 13. 10. 1959	Architekt Gustav Reese, Bordesholm, Feldstraße	Schleswig- Holstein 31. 12. 1964	31. 12. 1965

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungs- dauer bis:
3.18	Durisol-Dachplatte 5. Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 12. 9. 1955	Karl Richtberg KG., Zweigniederlassung Regensburg 4	Bayern 27. 1. 1965	31. 12. 1965
3.19	Filigran-Rippendecke Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 23. 11. 1960	Dipl.-Ing. I. G. Stefan Keller, München-Solln, Paulastr. 5 a	Bayern 2. 2. 1965	30. 11. 1965
3.20	8—20 cm dicke vorgespannte Stahlbeton-Hohlplatten nach DIN 4227 Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 20. 5. 1959	Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar	Hessen 22. 2. 1965	31. 12. 1965
3.21	Stahlbeton-Rippendecke System „Eilbrecht“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 15. 3. 1960	Bauingenieur Heinz Eilbrecht, Offenbach/Main, Rathenaustraße 38	Hessen 1. 3. 1965	31. 3. 1966
3.22	Stahlsteindecke „DIA“ Änderung und Ergänzung der Zulassung v. 6. 3. 1964	H. Diekmann KG., Ziegel- und Spannbetonwerk, Arpke über Lehrte	Niedersachsen 2. 3. 1965	31. 3. 1966
3.23	Stahlsteindecke „DIA“ mit vorgespannten Ziegelfertigbalken Änderung und Ergänzung der Zulassung v. 15. 4. 1964	wie vor	Niedersachsen 2. 3. 1965	30. 4. 1966
3.24	DEHA-Gitterträgerdecke	HADIR, St. Ingbert-Saar	Saarland 25. 3. 1965	31. 12. 1969
3.25	Wellsteg-Träger s. Abschn. III, Nr. 3.01 dieses RdErl.	Wellsteg Leimbautechnik Horst Gerlach, München 2, Brienerstraße 44	Bayern 5. 4. 1965	31. 12. 1970
3.26	Kaiser-Gitterträgerdecke Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 29. 7. 1960	Bauingenieurbüro Dipl.-Ing. W. Kaiser, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 66	Hessen 6. 4. 1965	31. 7. 1966
3.27	Kaiser-Massivdecke Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 29. 7. 1960	wie vor	Hessen 6. 4. 1965	31. 7. 1966
3.28	Deckenplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton „Ytong-Salzgitter“ GSB 50 Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 11. 1. 1960	Steine und Erden GmbH., Goslar-Harz	Niedersachsen 12. 4. 1965	31. 12. 1965
3.29	Bewehrte Dachplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton GSB 35	YTONG GmbH., München 33	Bayern 14. 4. 1965	31. 3. 1970
3.30	Spannbeton-Fertigteildecke System „Ferma“	Ferma-Werke, Ettlingen (Baden), Bahnhofstr. 17—21	Baden- Württemberg 20. 5. 1965	31. 3. 1970
<b>4</b>	<b>Betonstähle:</b>			
4.01	Betonrippenstahl (quergerippter Betonformstahl) der Betonstahlgruppe III a Änderung der Zulassung v. 29. 6. 1962	Klöckner-Werke AG., Georgsmarienwerke, Osnabrück	Niedersachsen 24. 11. 1964	31. 12. 1965
4.02	Geschweißte Bewehrungsmatten Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 8. 9. 1960	Roth, Heck & Schwinn, Drahtwerk, Zweibrücken-Ixheim	Rheinland- Pfalz 10. 12. 1964	31. 12. 1965
4.03	Schrägerippter Betonformstahl III a	Korf Industrie und Handel GmbH. & Co. KG., Zweig- niederlassung München, München, Landsberger Str. 414	Bayern 10. 12. 1964	10. 12. 1969
<b>5</b>	<b>Spannstähle und Spannverfahren:</b>			
5.01	Warmgewalzter, gereckter und angelassener Spannstahl St 80 105	Ilseeder Hütte, Peine, Peiner Walzwerk	Niedersachsen 8. 7. 1964	30. 6. 1969
5.02	Warmgewalzter, gereckter und angelassener Spannstahl St 90 110	wie vor	Niedersachsen 8. 7. 1964	30. 6. 1969
5.03	Spannverfahren BBRV Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 17. 11. 1959	Süddeutsche Spannbeton GmbH., Augsburg 2, Bergmühlstraße 2	Bayern 11. 12. 1964	31. 12. 1965
5.04	Spannverfahren „Grün & Bilfinger“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 31. 12. 1959	Grün & Bilfinger AG., Bau- unternehmung, Mannheim, Karl-Reiss-Platz 1—5	Baden- Württemberg 22. 2. 1965	31. 12. 1965

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungs- dauer bis:
5.05	Spannverfahren „Baur-Leonhardt“ (Konzentrierte Spannglieder) Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 5. 11. 1958	Dr.-Ing. F. Leonhardt — Dr.-Ing. W. Andrä, Stuttgart 1, Lenzhalde 16	Baden- Württemberg 23. 3. 1965	31. 12. 1966
<b>6</b>	<b>Betonzusatzmittel*), Bindemittel:</b>			
6.01	Betonzusatzmittel Lugato-Pulver „Grünsiegel“ 1600 (DM)	Dr. Büchtemann & Co., Inh. Büchtemann & Seibolt, Hamburg-Wandsbek	Hamburg 14. 11. 1962	31. 12. 1966
6.02	wie vor Änderung der Zulassung v. 14. 11. 1962	wie vor	Hamburg 16. 7. 1964	31. 12. 1966
6.03	Putz- und Mauerbinder „TUBAG FIX“	TUBAG Trass-, Zement- und Steinwerke AG., Kruft bei Andernach	Rheinland- Pfalz 3. 2. 1965	31. 12. 1969
6.04	Putz- und Mauerbinder „MÄRKER“	Märker Zementwerk GmbH., Harburg (Schwaben), Kr. Donauwörth	Bayern 5. 5. 1965	30. 4. 1970
6.05	Trasshochofenzement 275 „Sialca“	Trasswerke Meurin, Betriebs- gesellschaft, Andernach/Rhein	Rheinland- Pfalz 5. 5. 1965	31. 12. 1969
6.06	Betonzusatzmittel „ZEMENTIN“ (DM) Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 15. 12. 1959	Zementol G. Huber-Mayer, Frickenhausen (Württ.)	Baden- Württemberg 10. 5. 1965	31. 12. 1965
6.07	OSMO-Betonverflüssiger „Spezial“ (BV) Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 10. 4. 1962	Winkler & Co., Stuttgart 1, Schwabstraße 36	Baden- Württemberg 3. 6. 1965	31. 12. 1965
<b>7</b>	<b>Gerüste und Gerüstbauteile, Schalungsträger:</b>			
7.01	Handbetriebenes Mannesmann-Schwebe- gerüst Typ 2	Mannesmann Leichtbau GmbH., München 12, Landsberger Straße 183	Bayern 3. 8. 1964	31. 8. 1969
7.02	„HERKULES-Schalungsstütze (verstellbar)“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 29. 11. 1963	Leo Ross, Hamburg-Altona, Mörkenstraße 12	Hamburg 6. 11. 1964	31. 12. 1965
7.03	SELF-LOCK-Fassaden-Gerüst s. Abschn. III, Nr. 7.01 dieses RdErl.	Société Française des Échafaudages SELF-LOCK 35. Rue Tronchet, Paris-8e, Frankreich	Bayern 9. 11. 1964	30. 11. 1969
7.04	SELF-LOCK-Turmgerüst s. Abschn. III, Nr. 7.02 dieses RdErl.	wie vor	Bayern 9. 11. 1964	30. 11. 1969
7.05	Bulle-Stahlrohrstützen Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 30. 9. 1963	Bulle-Schalungsträger-Vertrieb GmbH., Ueberherrn-Saar	Saarland 10. 11. 1964	30. 9. 1965
7.06	Rohr-Exprefß-Gerüst System „Layher“	Wilhelm Layher, Eibensbach Württ. über Lauffen (Neckar)	Baden- Württemberg 21. 12. 1964	31. 12. 1969
7.07	Hico-Schalungsträger 115/185 Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 29. 11. 1958	Hico — Otto Hinze —, Hannover	Niedersachsen 29. 12. 1964	31. 12. 1965
7.08	Hico-Schalungsträger V 200 (2,90—5,00 m) Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 29. 11. 1958	wie vor	Niedersachsen 29. 12. 1964	31. 12. 1965
7.09	Hico-Schalungsträger 180/300 Verlängerung der Geltungsdauer der Zu- lassung v. 29. 11. 1958	wie vor	Niedersachsen 29. 12. 1964	31. 12. 1965
7.10	Komabi-Rollgerüst Modell „Titan“	Eugen Jaquier, Lörrach/Baden, Turmstraße 16	Baden- Württemberg 18. 1. 1965	31. 1. 1970
7.11	Hängebockgerüst „Kratz“	Bedachungsartikel-Großhandel Wilhelm Kratz, Koblenz-Lützel, Wallersheimer Weg 2	Rheinland- Pfalz 18. 1. 1965	31. 12. 1969

\*) Für Betonzusatzmittel gelten nunmehr Prüfzeichen  
vgl. Fußnote zu Abschnitt I, Nr. 6.

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungs- dauer bis:
7.12	Leitergerüst mit Leitern und deren Einsetzsprossen aus Stahl System „Glatz“ Ergänzung der Zulassung v. 1. 8. 1963	Bernhard Glatz, Leitergerüstfabrik Reichenbach über Lahr (Schwarzw.), Hauptstraße 79	Baden-Württemberg 21. 1. 1965	1. 4. 1967
7.13	Mannesmann-Stahlrohr-Gerüstkupplung 900 600 aus Profilstahl Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 24. 4. 1958	Mannesmann Leichtbau GmbH., München 12	Bayern 26. 3. 1965	31. 5. 1966
7.14	Zugfeste Mannesmann-Kupplung Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 26. 4. 1963	wie vor	Bayern 26. 3. 1965	31. 5. 1966
7.15	Schutz-, Fang- und Monteurgerüst Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 20. 3. 1959	Gerke & Scheuch, Kassel, Leuschnerstraße 81	Hessen 21. 4. 1965	31. 3. 1966
7.16	Peiner Mehrzweckgerüst	Norddeutsche Maschinen- und Schraubenwerke AG., Peine	Niedersachsen 13. 5. 1965	31. 5. 1970
<b>8</b>	<b>Verschiedenes:</b>			
8.01	Krallenringdübel 3. Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 21. 12. 1951	Freers & Nilson, Burgdorf (Hann.)	Niedersachsen 3. 7. 1964	31. 3. 1966
8.02	„Asbestospray-Spritzasbest als Ummantelung von belasteten Stahlstützen“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 22. 7. 1960	Oskar Gossler, Glasgespinstfabrik GmbH., Hamburg-Bergedorf, Kampchaussee 71	Hamburg 15. 9. 1964	31. 12. 1965
8.03	Vorgespannter Stahlstein-Fertigteilsturz System „STAHL-TON“	Betonwarenfabrik Singen (Hohentwiel)	Baden-Württemberg 9. 10. 1964	30. 9. 1969
8.04	„Dolesta“-Fachwerkbauerteile Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 12. 12. 1958	Donges Stahlbau GmbH., Darmstadt, Mainzer Str. 55	Hessen 10. 12. 1964	31. 12. 1965
8.05	Nagelverbindung System „Greim“ Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 29. 2. 1960	Greimbau-Lizenz GmbH., Hildesheim, Steuerwalder Straße 78	Bayern 26. 3. 1965	31. 3. 1966

## III

Nachstehende Zulassungen sind gegenstandslos geworden:

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:
<b>0</b>	<b>Wandbauarten:</b>		
0.01	Suka-Silo-Bauart s. Abschn. II, Nr. 0.06 dieses RdErl.	Suka-Silo-Bau Heinrich Kling, München-Solln	Bayern 26. 1. 1962
<b>2</b>	<b>Schornsteinbausteine:</b>		
2.01	Schornsteinformstücke aus Ziegelsplittbeton System „Schwendilator“ s. Abschn. II, Nr. 2.09 dieses RdErl.	Schwendilator, Joseph Schwend & Cie., Baden-Baden, Schwarzwaldstraße 43	Baden-Württemberg 23. 11. 1963
<b>3</b>	<b>Deckenbauarten, Dachbauarten und Treppen:</b>		
3.01	Wellsteg-Träger s. Abschn. II, Nr. 3.25 dieses RdErl.	Wellsteg Leimbautechnik Horst Gerlach, München 2, Brienerstraße 44	Bayern 7. 12. 1961
3.02	Stahlbetondecke mit Gitterträgern s. Abschn. I, Nr. 3.04 dieses RdErl.	Bau-Ingenieurbüro Paul Merrettig, Bottrop i. Westf., Kirchhellener Straße 56	Nordrhein-Westfalen 19. 2. 1962
3.03	TEKTAL-Stahldach s. Abschn. I, Nr. 3.03 dieses RdErl.	Hoesch AG., Dortmund	Nordrhein-Westfalen 3. 4. 1964

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:
<b>5</b>	<b>Spannstähle und Spannverfahren:</b>		
5.01	Kaltgezogene Spannstähle, rund gewellt s. Abschn. I, Nr. 5.09 dieses RdErl.	Westfälische Union Aktien- gesellschaft für Eisen- und Drahtindustrie, Hamm (Westf.)	Nordrhein-Westfalen 24. 3. 1961
<b>7</b>	<b>Gerüste und Gerüstbauteile, Schalungsträger:</b>		
7.01	SELF-LOCK-Fassaden-Gerüst s. Abschn. II, Nr. 7.03 dieses RdErl.	Société Française des Échafaudages SELF-LOCK 35. Rue Tronchet, Paris-8e, Frankreich	Bayern 16. 12. 1963
7.02	SELF-LOCK-Turmgerüst s. Abschn. II, Nr. 7.04 dieses RdErl.	wie vor	Bayern 16. 12. 1963

Die in meinen RdErl. v. 3. 6. 1954 — VII C 3 — 2.405 Nr. 1022/54 — MBl. NW. S. 971/72 —  
 9. 11. 1954 — VII C 3 — 2.405 Nr. 2770/54 — MBl. NW. S. 2075/76 —  
 16. 4. 1955 — VII C 3 — 2.405 Nr. 769/55 — MBl. NW. S. 761/62 —  
 27. 8. 1955 — II A 4 — 2.405 Nr. 2300/55 — MBl. NW. S. 1789/90 —  
 11. 5. 1956 — II A 4 — 2.405 Nr. 1022/56 — MBl. NW. S. 1147/48 —  
 25. 1. 1957 — II A 4 — 2.405 Nr. 150/57 — MBl. NW. S. 241/42 —  
 1. 8. 1957 — II A 4 — 2.405 Nr. 990/57 — MBl. NW. S. 1755/56 —  
 2. 5. 1958 — II A 4 — 2.405 Nr. 890/58 — MBl. NW. S. 1079/80 —  
 5. 11. 1958 — II A 4 — 2.405 Nr. 2700/58 — MBl. NW. S. 2469/70 —  
 3. 4. 1959 — II A 4 — 2.405 Nr. 400/59 — MBl. NW. S. 951/52 —  
 2. 7. 1959 — II A 4 — 2.405 Nr. 1742/59 — MBl. NW. S. 1697/98 —  
 30. 10. 1959 — II A 4 — 2.405 Nr. 2960/59 — MBl. NW. S. 2905/06 —  
 u. v. 21. 4. 1960 — II A 4 — 2.405 Nr. 400/60 — MBl. NW. S. 1439/40 —

aufgeführten Zulassungen sind durch Fristablauf erloschen. Diese RdErl. sind somit gegenstandslos geworden; ich hebe sie daher auf.

Bezug: RdErl. v. 28. 6. 1951 — (MBl. NW. S. 813 / SMBl. NW. 2324).  
 RdErl. v. 1. 12. 1964 — (MBl. NW. 1965 S. 10)

An die Regierungspräsidenten,  
 Landesbaubehörde Ruhr,  
 alle Bauaufsichtsbehörden,  
 das Landesprüfamt für Baustatik,  
 die Kommunalen Prüfämter für Baustatik,  
 Prüfungenieure für Baustatik,  
 staatlichen Bauverwaltungen,  
 Bauverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

— MBl. NW. 1965 S. 1356.

**Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

---

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.

---